

BRG 18, 24. September 2013

Stellungnahme der LehrerInnen des BRG 18, Schopenhauerstr. 49

Die LehrerInnen des BRG 18 haben im Rahmen der LehrerInnenkonferenz am 5. September 2013 den Begutachtungsentwurf für ein neue LehrerInnendienstrecht besprochen, der ohne Verhandlungsergebnis kurz vor den Nationalratswahlen am 29. September ausgeschickt worden ist.

Veränderte gesellschaftliche Anforderungen an Schule und Unterricht haben unsere Arbeitsbedingungen stark verändert. Individualisierung, soziale Integration, vielfältige Unterrichts- und Lernformen, Beratung und Förderung, Schul- und Unterrichtsentwicklung, gleichzeitig aber mehr als ein Jahrzehnt restriktiver Bildungs-Budgetpolitik haben die **Arbeitsbelastung und unsere tatsächliche Arbeitszeit ständig erhöht**. Reduzierte Lehrverpflichtungen aus gesundheitlichen Gründen, Überbelastung von KollegInnen bis zum Burnout sind Folgen dieser Entwicklung.

Wir brauchen ein Dienstrecht, das unsere tatsächliche Arbeit (Unterricht mit Vor-, Nachbereitung, Korrekturarbeit und die unterschiedlichen alten und neuen Tätigkeiten außerhalb des Stundenplans) als Arbeitszeit berücksichtigt wird. Laufende Verbesserungen des Unterricht und der Unterrichtssformen, Projekte, Exkursionen, Schulveranstaltungen, Schulentwicklung sind notwendig, die derzeitige und im Regierungsentwurf fortgesetzte Fixierung des Dienstrechts auf Unterrichts-Stundenzahlen und starre Wochenstundenpläne steht dem im Weg.

Der derzeit vorliegende Begutachtungsentwurf der Regierung ist nicht genügend.

Wir fordern Sie auf, Ihre Verantwortung für die Qualität des Bildungswesens und Ihre Dienstgeber-Fürsorgepflicht gegenüber uns ArbeitnehmerInnen im Schuldienst wahrzunehmen – wir wollen

- ein Dienstrecht, das der Schule und ihrer ständigen Weiterentwicklung nützt und den ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen gerecht wird,
- **kein „Drüberfahren“, sondern nach dem Ende der Begutachtungsfrist Aufnahme von ergebnisorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen**
- **mehr Zeit für jede Schülerin** und jeden Schüler und keine weitere Arbeitszeiterhöhung,
- **höhere Anfangsbezüge für die Jungen** und keine Kürzung der Lebensverdienstsumme!

Es geht im Interesse aller Betroffenen nicht um „Sieg oder Niederlage“ der Regierung oder der Gewerkschaft, sondern um ein Dienstrecht, das der Schule und ihrer ständigen Weiterentwicklung nützt und die ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen berücksichtigt (gute Arbeitsbedingungen, dem Arbeitsaufwand entsprechende Arbeitszeit, ausbildungs- und leistungsgerechtes Einkommen). Es geht nicht „nur“ um nach 2019 neu angestellte LehrerInnen, mit denen wir solidarisch sind – es geht um die Zukunft der Schule, in der wir arbeiten.

Die LehrerInnen des BRG 18, Schopenhauerstraße 49, ihre Personalvertretung und der Gewerkschaftliche Betriebsausschuss

p.A. sroithinger@gmx.at

